

Frankreich, Deutschland und die russische Zivilgesellschaft

Christian von Behr und Aline Brachet¹

Das Ergebnis der russischen Parlamentswahl im Dezember 2007 ließ keinen Zweifel zu. Die Wahlbeteiligung war angestiegen, Putins Partei „Einiges Russland“ hatte einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Innerhalb der Europäischen Union löste die Wahl jedoch deutliches Unbehagen aus. Kritiker der Machtverhältnisse in Russland fühlen sich in ihren Warnungen bestätigt. 2008 wird deshalb ein entscheidendes Jahr für die Demokratie in Russland, die mit den für März angekündigten Präsidentschaftswahlen bereits im Frühjahr wieder auf dem Prüfstand steht. Vom Ausgang wie auch vom Ablauf dieser Wahlen hängt nicht nur ab, in welche Richtung sich das Verhältnis der EU zu Russland entwickeln wird, sondern auch, in welchem Rahmen sich die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den beiden bevölkerungsreichsten EU-Ländern Deutschland und Frankreich fortsetzen werden. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich stellt man sich schon seit einigen Jahren immer häufiger die Frage, wie man mit einem Russland umgehen soll, das zwar einerseits Anzeichen einer Demokratie - wie beispielsweise Wahlen und ein Mehrparteiensystem - besitzt, sich jedoch andererseits von einem westeuropäischen Demokratieverständnis zunehmend entfernt.

In der wissenschaftlichen Diskussion existieren zwei Strategien, an denen sich das weitere Handeln orientieren könnte. Bei beiden handelt es sich um Weiterentwicklungen von in der Vergangenheit bereits erprobten Konzepten. Zum einen gibt es das Beispiel der von George F. Kennan Ende der vierziger Jahre entwickelten *containment policy*. In der Fortsetzung dieser Idee, durch die zu Beginn des Kalten Kriegs der sowjetische Einfluss in der Weltpolitik eingedämmt werden sollte, würden sich die Länder der Europäischen Union untereinander noch stärker vernetzen und gleichzeitig die Beziehungen zu Russland auf ein Minimum herunterfahren. Die Folge wäre eine Isolation Russlands, die allerdings schon aufgrund der vorhandenen wechselseitigen Abhängigkeiten im Energiesektor in der Praxis nur schwer durchzuhalten wäre.

Deutschland hat sich deshalb sehr klar für das zweite mögliche Konzept entschieden, das gerade nicht in Richtung *containment* geht, sondern eine Zunahme der Interdependenzen befürwortet. Die von Außenminister Frank-Walter Steinmeier geprägte Formulierung der „*Annäherung durch Verflechtung*“ nimmt klare Anleihen an den „Wandel durch Annäherung“, der Willy Brandts Ostpolitik zugrunde lag. Die Verflechtung sollte sich dabei nicht nur auf wirtschaftliche oder energiepolitische Fragen beziehen, sondern idealerweise auf alle zwischen der EU und Russland vereinbarten vier Räume der Zusammenarbeit: Den Raum der Wirtschaft, den Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts, den Raum der äußeren Sicherheit und den Raum der Wissenschaft, Bildung und Kultur. In Hinblick auf die Frage der Demokratie sollte insbesondere die Kooperation auf zivilgesellschaftlicher Ebene nicht vernachlässigt werden.

Existenz und Stärke einer Zivilgesellschaft sind zentrale Kriterien des westlichen Demokratiemodells. Unter Zivilgesellschaft versteht man in diesem Zusammenhang alle vom Staat und von der politischen Ebene unabhängigen gesellschaftlichen Aktivitäten innerhalb eines Landes, wie beispielsweise die Gewerkschaften, die Nichtregierungsorganisationen oder karitative Stiftungen und Vereine. Eine von diesen Organisationen getragene, funktionierende Zivilgesellschaft kann die Achtung von Werten wie der Rede- und Meinungsfreiheit gewährleisten; Werte, die vor allem anlässlich von Wahlen eine wichtige Rolle spielen.

Das im Kreml vorherrschende Modell der ‚Demokratie auf Russisch‘ weicht hiervon in mehreren Punkten ab. Unter Wladimir Putin, der sich der Wiederherstellung von Autorität und institutioneller Stärke rühmt, wurden einzelnen Aspekten der Demokratie wie der Entstehung einer Zivilgesellschaft zahlreiche Grenzen gesetzt.

¹ Christian von Behr ist redaktioneller Mitarbeiter in der ARTE-Redaktion beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Aline Brachet studiert Journalismus an der FU Berlin und am Celsa (Ecole des hautes études en sciences de l'information et de la communication, Paris IV).

Deutschland unterhält sowohl auf offizieller als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene enge bilaterale Beziehungen zu Russland. Der 2001 gegründete Petersburger Dialog soll als jährliches Diskussionsforum zwischen Vertretern von Institutionen, Medien und Nichtregierungsorganisationen aus beiden Ländern dienen. Auch unterhalb der institutionellen Ebene gibt es vielfältige Beziehungen, wie beispielsweise Städtepartnerschaften zwischen deutschen und russischen Städten und Gemeinden (zur Zeit 81). Die vom deutsch-russischen Forum initiierte Internetseite www.russlandpartner.de stellt Kontakte zu Vereinen im anderen Land her. Ganz im Sinne der „Annäherung durch Verflechtung“ verfolgt man in Deutschland damit die Strategie, durch eine über den intergouvernementalen Rahmen hinausgehende enge Zusammenarbeit einen unauffälligen Transfer von Werten vom westlichen zum russischen Demokratiemodell zu bewirken.

Für das deutsche Modell der Zusammenarbeit mit Russland existiert in Frankreich kein Äquivalent. Obwohl mit der Wahl von Nicolas Sarkozy ein neues Kapitel der französischen Russlandpolitik begonnen hat, beschränkt sich diese nach wie vor hauptsächlich auf die Bereiche Politik und Wirtschaft, auf Begegnungen hochrangiger politischer Vertreter wie anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm und auf die Unterzeichnung von Energieabkommen wie dem Vertrag zwischen Total und Gazprom im Juli 2007. Frankreich und Russland scheinen das Interesse an der Aufrechterhaltung enger bilateraler Beziehungen in den letzten Jahren zumindest teilweise verloren zu haben und sich auf gezielte, kleinteilige Projekte zu beschränken. Auch die Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften in beiden Ländern bleiben abgesehen von einigen Städtepartnerschaften (zur Zeit 38) und Vereinen wie dem „Dialogue franco-russe“ eher begrenzt und wenig strukturiert. Dies könnte an einer gewissen Unkenntnis auf beiden Seiten liegen, an einer mit der EU-Osterweiterung subjektiv wahrgenommenen Zunahme der Entfernung zwischen beiden Ländern und nicht zuletzt am Rückgang des Sprachunterrichts in der jeweils anderen Sprache. Mangels belastbarer Strukturen und Verbindungen lässt sich das Modell des Petersburger Dialogs so nur schwer auf Frankreich übertragen.

Stabile Beziehungen zwischen Russland und Frankreich, aber auch zwischen Russland und der EU insgesamt können nur auf der Basis einer klaren Definition der gemeinsamen Werte und einer festen Zusammenarbeit im zivilgesellschaftlichen Bereich bestehen. Aufgrund der unterschiedlich starken bilateralen Verbindungen zu Russland und manchen konträren Auffassungen innerhalb der 27 Mitgliedstaaten fehlt der EU jedoch eine wirkliche Russlandpolitik, die sich auch mit dem Problem der Zivilgesellschaft auseinandersetzt. Auf diesem Gebiet scheint Deutschland der Motor der EU-Russland-Beziehungen zu sein. Es gibt den Anstoß, vertritt jedoch zugleich seine eigenen Interessen. Seit dem Amtsantritt von Angela Merkel 2005 lässt sich eine etwas deutlichere Kritik an der russischen Regierung beobachten. Dass die Kanzlerin oder ihr Außenminister bei offiziellen Besuchen auch Vertreter der Zivilgesellschaft treffen, ist keine Seltenheit mehr. Die deutsche Position hat sicherlich dazu beigetragen, dass auch Nicolas Sarkozy mit dem Beginn seiner Amtszeit die unter Jacques Chirac eher gefällige Russlandpolitik beenden möchte.

Eine der wesentlichen Herausforderungen der europäischen Russlandpolitik liegt in einer glaubwürdigen Haltung gegenüber bestimmten Ausprägungen des „russischen Sonderwegs“. Zu deutlich geäußerte Kritik kann dabei schnell als Einmischung in innere Angelegenheiten wahrgenommen werden und wirkt eher kontraproduktiv. Auch bei der Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene kommt es sehr darauf an, den richtigen Ton zu treffen. Eine dauerhafte Stärkung lässt sich nur durch eine Zusammenarbeit unter gleichwertigen Partnern erreichen, nicht durch den Versuch der Belehrung.

Für Frankreich sollte es darum gehen, den von Deutschland begonnenen Weg der „Annäherung durch Verflechtung“ mit eigenen Formen der Zusammenarbeit zu ergänzen. Bilaterale Studienprogramme, Sprachkurse, aber auch die Ausbildung von Journalisten könnten Möglichkeiten sein, auf „französische Art“ die Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft zu stärken. Schließlich muss sich das deutsch-französische Paar gemeinsam zur Zukunft der EU-Russland-Beziehungen äußern. Die vom Trio Chirac-Schröder-Putin entwickelte Achse Paris-Berlin-Moskau scheint zu eng gefasst. Es ist an der Zeit, den Dialog auch in Richtung weiterer europäischer Länder wie Großbritannien zu öffnen, um Fortschritte in der Kooperation und vor allem eine Stärkung der russischen Zivilgesellschaft zu erreichen.